

Medienmitteilung 27. November 2012

## Untersuchung des 4jährigen Ausnahmezustands in Pfäffikon

Aufsichtsbeschwerde des Bürgerforums

Forderung nach Eröffnung einer Kommunaluntersuchung / Strafuntersuchung

**Nach der Ablehnung des „Teilzonenplans Zentrum Pfäffikon“ vom letzten Wochenende reicht das Bürgerforum beim Kantonsrat Schwyz eine Aufsichtsbeschwerde ein. Als Konsequenz aus dem NEIN zum ‚städtebaulichen‘ Ausnahmezustand wird die Untersuchung diverser illegaler Baubewilligungen im Rahmen der Planungszone und die Suspendierung der amtierenden Hauptverantwortlichen bis zum Abschluss der Untersuchungen verlangt.**

Wegen Befangenheit des Schwyzer Regierungsrates, der die Bewilligungen trotz Verstössen gegen das geltende Baureglement guthiess, richtet das Bürgerforum seine Beschwerde direkt an den Schwyzer Kantonsrat. Dieser wird ersucht, eine unabhängige Kommunaluntersuchung einzuleiten. Ausserdem wird eine entsprechende Strafuntersuchung verlangt.

In der Beschwerde beantragt das Bürgerforum, es seien sämtliche Gestaltungsplan- und Baugesuche mit Ausnahmebewilligungen aus dem nun abgelehnten ‚städtebaulichen Konzept Pfäffikon‘ auf ihre Rechtskonformität zu überprüfen. Zu überprüfen seien auch die Gestaltungspläne und Baugesuche ausserhalb des definierten Gebiets des ‚Teilzonenplans‘, die mit Hilfe des ‚Beirats‘ reglementswidrige Ausnahmebewilligungen erhielten.

In die Untersuchungen soll z.B. auch das ‚Zentrum Staldenbach‘ einbezogen werden, dessen Erschliessung auch 13 Monate nach Baubeginn noch immer nicht geregelt ist. In der Kantons- und Churerstrasse ist die nötige Kapazität für den Mehrverkehr nicht vorhanden.

Bei noch nicht gebauten / nicht fertiggestellten Projekten, die illegal bewilligt wurden, sei ein Baustopp bis zur rechtsgenügenden Bereinigung der Projekte anzuordnen. Bei bereits erstellten Bauten, die auf illegalen Ausnahmebewilligungen beruhen, sei eine entsprechende Rückbau- oder Ersatzabgabe-Regelung festzulegen.

Das Bürgerforum fordert, die Planungszone des ‚städtebaulichen Konzepts‘ per sofort aufzuheben. Auch der ominöse ‚Beirat‘ des Gemeinderates sei unverzüglich abzusetzen. Eine Aufhebung erst per April 2013, wie von Gemeindeseite in den Medien erwähnt, sei unhaltbar.

Irene Herzog-Feusi  
Präsidentin Bürgerforum Freienbach